

Die Fragen stellte Lisa Lürken, 27, Rechtsreferendarin aus Aachen

Lisa Lürken:

*Nächste Woche übergibt Ihnen der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ sein Jahresgutachten. Wie sehen Sie die Rolle der „Wirtschaftsweisen“? Hören Sie auf ihre Ratschläge?*

Bundeskanzlerin Angela Merkel:

Diese Ratschläge sind für uns natürlich sehr wichtig. Sie kommen auch nicht einfach aus heiterem Himmel, sondern wir haben ständigen Kontakt mit den Wirtschaftsweisen, sprechen auch mindestens ein- bis zweimal im Jahr mit ihnen über unsere Einschätzung, sie geben uns ihre Einschätzungen. Es sind wertvolle Hinweise; nicht alle setzen wir eins zu eins zu um. Wir wissen auch, dass die wirtschaftlichen Prognosen in diesen Zeiten gar nicht so einfach sind. Selbst wenn man Sachverständiger ist, muss man das sehen. Aber wir haben schon viele, viele wichtige Hinweise bekommen. Zum Beispiel: Dass wir die Schuldenbremse heute in unserem Grundgesetz haben, beruht auf einer Empfehlung des Sachverständigenrates.

*Oft ist ja der Vorwurf zu hören, dass für die Bankenrettung im Endeffekt die Steuerzahler aufkommen müssen. Was sagen Sie dazu?*

Das war in der internationalen Finanzkrise am Anfang so. Inzwischen haben wir ein Bankenrestrukturierungsgesetz, und wir werden das jetzt auch auf der G20-Ebene für die großen systemrelevanten Banken weltweit verabschieden. Das heißt: In Zukunft wird verhindert, dass der Steuerzahler da einstehen muss. Zweitens muss man immer wissen: Die Banken, das sind ja die Stellen, die auch dafür sorgen, dass sie durch Kreditvergabe unsere ganze Volkswirtschaft in Gang bringen. Das heißt: Würden wir den Banken nicht geholfen haben, hätte das zur Folge gehabt, dass die Realwirtschaft noch mehr eingestürzt wäre, dass noch mehr Arbeitsplätze in Gefahr gewesen wären – und dann wäre uns allen auch nicht gedient gewesen. Banken sind keine anonymen Institutionen. Sie müssen stärker reguliert werden, das haben wir inzwischen – als Lehre aus der Finanzkrise – getan, aber Banken sind für eine moderne Volkswirtschaft, für eine Volkswirtschaft, in der möglichst viele Menschen Arbeit haben, unabdingbar. Und deshalb helfen wir auch immer dem einzelnen Menschen, wenn wir einer Bank ein Stück weit helfen. Aber in Zukunft müssen die Banken das aus eigener Kraft schaffen.

*Wie groß ist denn Ihre Hoffnung, dass Europa die Staatsschuldenkrise tatsächlich in den Griff bekommt – und dass diese Krise eben nicht zu einer Wirtschaftskrise ausartet?*

Wir erleben alle, dass das ein sehr mühevoller Weg ist, den wir auch Schritt für Schritt gehen müssen. Die Schulden sind über Jahrzehnte aufgehäuft worden, das heißt, diese Schuldenkrise wird auch nicht mit einem Mal vorbei sein. Fast alle großen europäischen Länder haben über Jahre mehr ausgegeben, als sie eingenommen haben. Deshalb ist es ja auch so wichtig, dass Deutschland eine Schulden-

bremse hat. Deshalb haben wir jetzt beschlossen, dass sich alle Länder in der Eurozone eine solche Schuldenbremse geben werden. Und es wird sicherlich eine Dekade dauern, bis wir wieder besser dastehen. Das ist eine große Aufgabe, die wir aber im Blick auf die Zukunft – und auch gerade für die junge Generation – erfüllen müssen.

*Der deutsche Arbeitsmarkt entwickelt sich momentan sehr positiv, dennoch besteht bei vielen Bürgern große Sorge um die wirtschaftliche Entwicklung. Sind diese Sorgen vollkommen unberechtigt?*

Nein. Die Bürger erleben ja, dass durchaus sehr viel Veränderung da ist, dass wir – nach Monaten des Aufschwungs – jetzt wieder etwas sorgenvollere Meldungen haben. Die Bürger erleben, dass die Staatsschuldenkrise nicht überwunden ist. Und deshalb verstehe ich schon, wenn manch einer fragt: Wie geht das weiter? Wir tun als Bundesregierung alles dafür, damit Arbeitsplätze erhalten bleiben, damit das Wachstum gestärkt wird, damit Deutschland ein starker Wirtschaftsstandort sein kann. Aber auf Dauer gilt natürlich: Wenn es Europa nicht gutgeht, wird es auch Deutschland nicht gutgehen. Das heißt, wir müssen auch alles daran setzen, in Europa die Dinge in Ordnung zu bringen. Und da haben wir noch ein ganzes Stück Arbeit vor uns – das muss ich sagen. Dennoch besteht, so wie ich heute die Lage einschätze, zum Pessimismus kein Anlass. Aber in Europa müssen sich alle anstrengen und alle ihre Hausaufgaben machen.